Nachdem aber Hitler durch den Reichspräsidenten zum Reichskanzler ernannt war, und das Ermächtigungsgesetz vom Reichstag beschlossen war, schien es für Beamte und Richter in ihrer amtlichen Eigenschaft keine andere Wahl zu geben, als zu gehorchen.«

Wenn dies schon für Kanzlerbestellung und Ermächtigungsgesetz zutraf, wieviel mehr mußte die Richter- und Beamtenwelt beeindruckt werden, wenn ihnen die Führer der bürgerlichen Parteien und sogar der Sozialdemokraten den Nationalsozialismus als alleinseligmachende Politik anempfahlen. Die Demokratie gab ihre Grundanschauung auf. Schirach höhnt in seinen Memoiren: »Wie konnte man erwarten, daß in der Masse des Volkes, vor allem in seiner Jugend, auch nur ein Funke von Achtung für diese Staatsform übrigblieb, wenn die Demokraten selber nicht an die Demokratie glaubten«.

9. Kapitel

DIE FOLGEN DES ERMÄCHTIGUNGSGESETZES

1.

Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 hatte sich der Deutsche Reichstag für die Dauer von vier Jahren aus seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtung, das finanz- und wirtschaftspolitische Gebahren der Regierung und ihr verwaltungsmäßiges Verhalten zu bestimmen und zu kontrollieren, ausgeschaltet. Das Parlament hatte die Grundlage jeder staatlichen Politik, die Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung preisgegeben. Es war kindlich zu glauben, die Regierung würde nach vier Jahren den alten Zustand wieder herstellen, ganz abgesehen davon, daß man ihr das Recht gegeben hatte, inzwischen verfassungsändernde Gesetze zu erlassen.

Die folgenschwerste Bedeutung für den Augenblick lag darin, daß mit der Vereinigung von Gesetzgebung und Exekutive der gesamte Behördenkörper, Beamte, Richter, Lehrer etc., wie Hans Schneider es ausdrückt »in den persönlichen Dienst Hitlers« gestellt wurde. Hitler hat nichts unterlassen, diesen Zustand durch eine Reihe von Gesetzen nachdrücklich zu festigen. Als mit dem 2. August 1934, nach Hindenburgs Tod, die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vereinigt wurden, wurde dieses Prinzip auch auf die Wehrmacht übertragen. Soldaten und Offiziere wurden auf die Person des Reichspräsidenten Hitler vereinigt und zu Treue und Gehorsam nicht an das Amt, sondern an seine Person gebunden. Eine größere Ungeheuerlichkeit an Machtübertragung ist nicht gut vorstellbar. Zu dieser Ungeheuerlichkeit hatte die Politik der Weimarer Demokratie geführt.

Dieses politische Fiasko wertet schwerer als die finanzielle und wirtschaftliche Unfähigkeit, deren Resultat Schacht in seiner »Abrechnung mit Hitler« in die Worte zusammenfaßte »Die Währung außer Funktion, Devisenzwangswirtschaft, Steuerüberhöhung, Herabsetzung von Löhnen und Gehältern, Passivität des Außenhandels, mangelnde Rohstoff- und Nahrungsmitteleinfuhr und sechseinhalb Millionen Arbeitslose«. Für diese wirtschaftlichen und sozialen Unzulänglichkeiten gab es Besserungsmöglichkeiten, das politische Fiasko war nicht zu korrigieren.

Der Regierungstätigkeit brachte die Konzentration aller Entscheidungen in einer Hand eine herrliche Er-

leichterung und Bequemlichkeit. Alle rhetorischen und bürokratischen Langwierigkeiten waren ausgeräumt. Mit einem Federstrich wurden die schwerwiegendsten Neuerungen bewerkstelligt, wurde der Umbau des Reiches bewirkt, wurden durch Jahrhunderte bewährte Traditionen abgeschafft, wurde die finanzielle und steuerliche Einheit im ganzen Reich hergestellt und wurden alle hemmenden oder verlangsamenden föderalistischen Einrichtungen beseitigt. Eine Flut wirtschaftlicher, verwaltungspolitischer und kultureller Gesetze ergoß sich über das Volk.

Das konnte noch als erträglich oder manchen vielleicht auch als willkommen erscheinen, wenn es sich um erwünschte oder unvermeidliche Gesetze handelte. Zu ihnen ließen sich rechnen das Arbeitsbeschaffungsgesetz, das Wehrgesetz, der Arbeitsdienst, das Erbhofgesetz, die Aufhebung der Kraftfahrzeugsteuer, die Umschuldung der kurzfristigen Gemeindeschulden, das Anleihestockgesetz.

Das Arbeitsbeschaffungsgesetz ist in seinen Einzelheiten und Auswirkungen im vierten Kapitel dargestellt worden.

Das Wehrgesetz führte die allgemeine Wehrpflicht wieder ein, nachdem der Versuch, die Gegner zu der im Versailler Vertrag auch für sie festgelegten allgemeinen Abrüstung zu bewegen, gescheitert war. Die allgemeine Wehrpflicht und das Recht auf militärische Rüstung zur Verteidigung gegen Angriffe von außen, ist vom Deutschen Reichstag, einschließlich der sozialdemokratischen Partei, stets vertreten worden. Daß sich gegen das natio-

nalsozialistische Wehrgesetz keine Gegenmaßnahmen im Auslande erhoben, obwohl es gegen den Vertrag von Versailles verstieß, zeigt, daß auch die ehemaligen Gegner Deutschlands dieses Gesetz – wohl mit etwas schlechtem Gewissen, ob der unterbliebenen eigenen Abrüstung – als berechtigt ansahen.

Der Arbeitsdienst half die Zahl der Arbeitslosen vermindern. Er ist ein viel erörtertes, bald befürwortetes, bald abgelehntes Problem, das aber keineswegs als undemokratisch anzusehen ist.

Das Erbhofgesetz hatte Vorteile und Nachteile, war aber ebenfalls ein auch vor der NS-Zeit schon vielfach erörtertes Problem.

Die Aufhebung der Kraftfahrzeugsteuer gab der Industrie einen außerordentlichen Aufschwung und wurde allgemein begrüßt.

Das kommunale Umschuldungsgesetz erlaubte den Gemeinden, sich zu einem Umschuldungsverband zusammenzuschließen, der den Inhabern kurzfristiger Forderungen vierprozentige, jährlich mit drei Prozent tilgbare Obligationen des Umschuldungsverbandes an Zahlungs Statt anbot, wobei das Reich sich verpflichtete, im Falle von Zahlungsstockungen des Verbandes mit Kredit auszuhelfen.

Das Anleihestockgesetz war als vorübergehende Hilfe für die Stützung des Staatshaushaltes gedacht. Es führte die sechs oder acht Prozent übersteigenden Dividendenbeträge der Kapitalgesellschaften einem Fond zu, der zwar den Kapitalgesellschaften als Eigentum verblieb, aber in öffentlichen Anleihen angelegt werden mußte.

Diese und ähnliche Gesetze, die nicht an den Grundsätzen der Verfassung rührten, hätten vom Reichstag auch mit der vorhandenen einfachen Majorität angenommen werden können. Sie brauchten keine zwei Drittel Mehrheit. Vielleicht hätten die zur Hugenberg-Papen-Gruppe gehörigen Abgeordneten auch noch Gesetze geschluckt, wie das Berufsbeamtengesetz, das Streik- und Aussperrungsverbot, das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit und ähnliche, die ebenfalls keine verfassungsändernde Mehrheit brauchten.

Der Grundgedanke des Berufsbeamtengesetzes mußte auf Zustimmung stoßen, insofern er fachlich nicht vorgebildete Personen ausschied, die lediglich aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit ernannt worden waren. Daß die Praxis unter dem Hitlerregime diesen Grundsatz weit stärker ignorierte, als es vorher der Fall gewesen sein mochte, zeigt, daß der Handhabung von Gesetzen mit sogenanntem Ermessensinhalt ein weiter Spielraum gelassen ist.

Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit führte bei allen größeren Betrieben den Vertrauensrat ein, der aus dem Betriebsführer als Vorsitzendem und aus den von der Gefolgschaft gewählten Vertrauensmännern bestand. Der Vertrauensrat erhielt die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebsschutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Be-

triebe, und die dem Wohl aller Glieder der Gemeinschaft dienten. Er sollte ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinwirken. Das Verbot von Streiks und Aussperrungen hätte in Verbindung mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit eine tragbare, ja vielleicht eine gesunde Regelung bringen können, weil in dem Gesetz alle Ansätze enthalten waren für eine Mitbestimmung des aus der Gefolgschaft gebildeten Vertrauensrates in der Betriebsführung, und weil in den Treuhändern der Arbeit, die der Regierung unterstellt und verantwortlich waren, eine Einrichtung getroffen wurde, die einen wirksamen Einfluß oder gar eine Entscheidungsmöglichkeit bei Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten verlieh. Eine Weiterentwicklung dieses Gesetzes wäre nützlich gewesen.

Die vorsorgliche Verordnung, wonach die Regierung in gewissen Fällen das Recht erhielt, Arbeitsplätze vorzuschreiben und Platzwechsel für Arbeiter vorzunehmen, wird man heute weniger kritisieren, nachdem die Strukturwandlung im Ruhrbergbau den Platzwechsel für viele Tausende von Bergarbeitern notwendig gemacht hat. Die NS-Regierung konnte mit dieser Verordnung Maßnahmen rechtzeitig einleiten, bevor die Not dazu zwang.

Nie aber wäre ohne das Ermächtigungsgesetz, welches der Hitlerregierung das Recht gab, sich über die bestehende Verfassung hinwegzusetzen, eine Änderung des Reichsaufbaus in der NS-Form zustandegekommen, niemals das Einparteiengesetz, niemals das Gesetz zur Ver-

einheitlichung von Partei und Staat, niemals das sogenannte Heimtückegesetz, niemals das Judengesetz. Das sind die Terrorgesetze, die uns das Ermächtigungsgesetz beschert hat. Diese katastrophalen Folgen der Hitler gegebenen »Ermächtigung« löscht kein Verschweigen, kein Vertuschen, keine falsche Darstellung aus.

Das Gesetz zum Neuaufbau des Reiches bedeutete das völlige Ende des Föderalismus. Manche Sozialdemokraten hatten früher schon vielfach eine stärkere Zentralgewalt im Reich gewünscht. Nun wurde diese mit einer Robustheit durchgeführt, die unzählige Anhänger berechtigter Tradition auf das schwerste verletzen mußte.

Das Einparteiengesetz wurde schon am 7. Juni 1933 erlassen, keine zehn Wochen nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Mit ihm wurde zwar nicht der Reichstag als Institution abgeschafft – die hatte Hitler zu respektieren versprochen –, aber das Wahlrecht wurde illusorisch, weil es die Gründung von Parteien verbot und nur die NSDAP bestehen ließ. Das hätte normaler Weise die Verewigung des totalitären Regierungssystems bedeutet. Nur der Krieg hat uns hiervon befreit. Ein sehr, sehr teurer Preis.

Daß nach dem Erlaß des Gesetzes, das die Parteien gesetzlich auflöste, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei noch ihre Auflösungserklärungen den Wählern bekannt gaben, wird nun noch weniger verständlich. Wenn sie einfach geschwiegen hätten, wären sie der Empfehlung des nationalsozialistischen Regimes entgangen.

Die beabsichtigte Verewigung der totalitären Dikta-

tur sollte auch durch die beiden Gesetze gesichert werden über die Gleichschaltung von Partei und Staat und über die drakonische Bestrafung jeder Kritik am Bestehenden, die von der Regierung als Heimtücke ausgelegt werden konnte. Das Judengesetz war nicht nur unmenschlich, sondern auch sinnlos und verbrecherisch.

2.

Diese Gesetze und zahlreiche in ihrem Geiste erlassene Verordnungen mußten jeden Versuch einer Opposition gegen das System im Keime ersticken. Hitler ging so weit, daß er in der Folgezeit eine Verordnung erließ, wonach kein Minister ohne seine Erlaubnis aus dem Amte scheiden dürfe, und wonach Besprechungen mehrerer Minister untereinander verboten wurden, was beides als Sabotage straffällig gewertet wurde. Wer nur die leiseste Opposition wagte, setzte seine berufliche Existenz, seine Erwerbsmöglichkeit, seine Freiheit und sein Leben aufs Spiel. Alle Folgen trafen nicht nur seine Person sondern mit ihm Frau und Kinder.

Man sollte meinen, daß ein so ungeheuerlicher Terror Verständnis schaffen müßte für die Beurteilung aller derer, die unter einer solchen dauernden Bedrohung zu arbeiten verurteilt waren. Wir entrüsten uns heute schon, wenn einer Zeitschrift ein bisheriger Regierungszuschuß entzogen wird, weil sie eine nicht regierungskonforme Ansicht geäußert hat. Hier aber bedrohte jede kritische Äußerung die Existenz nicht nur des ein-

zelnen, sondern auch seiner Familie und seiner beruflichen Tätigkeit. Mit diesen Gegebenheiten haben sich die Kritiker nach 1945 sehr leichtfertig abgefunden.

Als das heimtückischste Gift haben uns die Siegermächte nach 1945 das sogenannte Entnazifizierungsgesetz beschert. Daß die Siegermächte den Wunsch hatten, alle am nationalsozialistischen Regime Beteiligten zur Rechenschaft zu ziehen, ist verständlich. Sie hatten die Macht dazu und konnten Maßnahmen zur Durchführung ihres Wunsches treffen.

Verfahren und Verurteilungen durch ausländische Gerichte hätte das deutsche Volk mit Gelassenheit über sich ergehen lassen können. Aber es geschah etwas ganz anderes. Ein Gesetz zur Befreiung von Nationalismus und Militarismus wurde am 5. März 1946 von den Besatzungsmächten erlassen. Seine Durchführung wurde den deutschen Länderregierungen übertragen. Es sind nur zwei Fälle bekannt geworden, in denen Länderminister es vorzogen, ihr Amt aufzugeben, statt solche Zumutung auf sich zu nehmen.

Alle Länderregierungen nahmen das Gesetz an. Sie kooperierten mit den gegnerischen Mächten und halfen durch die jahrelange Anwendung dieses Gesetzes den Gedanken der sogenannten Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes am Kriege zu rechtfertigen. Abgesehen von der Erniedrigung, die darin lag, daß man den deutschen Regierungen die Durchführung des Gesetzes zumutete, bestand eine besondere Tücke darin, daß jeder Deutsche als naziverdächtig behandelt werden konnte und dann nachzuweisen hatte, daß er mit den national-

sozialistischen Untaten nichts zu tun gehabt habe. Das führte dazu, daß der bloße Hinweis, jemand sei Mitglied der NSDAP gewesen oder habe sich nationalsozialistisch geäußert oder habe einen nationalsozialistischen Regierungsauftrag ausgeführt, ausreichte, um berufliche Bewerbungen, private und amtliche Anstellung aussichtslos zu machen. Hat dies bereits viel böses Blut gemacht, so ist der Unwille gegen das Gesetz noch besonders gewachsen, weil dieser Rufmord sehr unterschiedlich gehandhabt wurde: Befreundeten und begünstigten Personen wurde keine nationalsozialistische Belastung angekreidet, während sie gegenüber unbequemen oder unliebsamen Personen mit voller Schärfe Anwendung fand.

Unter dem Entnazifizierungsgesetz hat die Gerichtsbarkeit der deutschen Demokratie einen regierungsseitig gebilligten politischen Stempel bekommen und dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes schweren Schaden zugefügt. Denunziantentum, Heuchelei, falsche Aussagen und politische Urteile haben unter diesem Gesetz Orgien gefeiert. Es wäre notwendig gewesen, diese Entnazifizierungsgerichtsbarkeit den Besatzungsmächten zu überlassen.

Die von der Demokratischen Partei herausgegebene Zeitschrift »Der Demokrat« schrieb im August 1947: »Wir meinen, daß diejenigen, die 1933 nicht um sich selber zu schützen, sondern um Tausende und Zehntausende aus Gewissenskonflikten zu lösen, um irgendwie der Gesamtheit ihrer Anhänger das Weiterleben zu erleichtern, oder in der Hoffnung, durch ein Nachgeben

da oder eine Loyalitätsbezeugung dort noch Einfluß auf die Dinge zu behalten, es sich verbitten müssen, daß die Feiglinge von gestern sie heute vor Gericht laden. Wir appellieren nicht an die schlechten Gewissen, wir appellieren an den Stolz und an die Verantwortungsbereitschaft derer, die 1933 noch den Mut hatten, hinzustehen und etwas zu tun.«

Das Entnazifizierungsgesetz hat der Denunziation, dem politischen Rufmord und oft auch der persönlichen Rache Tür und Tor geöffnet. Im Januar 1948 schrieb das Stuttgarter »Neue Vaterland«: »Es werden die Spruchkammern nach wie vor als Vollzugsorgane der Privatrache und des Konkurrenzkampfes mißbraucht.«

Man durchforscht die Vergangenheit eines unbequemen Zeitgenossen, ob ihm nicht irgend eine nazistische Konformität anhängt, um ihn damit für jede öffentliche Betätigung unmöglich zu machen. Jahre lang hat diese Praxis unsere Öffentlichkeit vergiftet, am widerwärtigsten, wenn sie von Leuten ausging, die selber in der Hitlerzeit ihrer Nazibegeisterung Ausdruck verliehen hatten, am beschämendsten, wenn ausländische Kommunisten damit Erfolg hatten.

Dieses Herumstochern in der Vergangenheit hat sogar dazu geführt nachzuprüfen, ob die Widerstandsgruppe vom 20. Juli 1944 mit Recht oder Unrecht gehandelt habe. Den Münchener Historiker Dr. Helmuth Kraußnick hat dies einmal zu dem Ausspruch veranlaßt, daß die Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 fast mehr in eine moralische Defensive geraten sind, als diejenigen, die Deutschland ins Verderben geführt haben.

Mit diesem Wühlen in der nationalsozialistischen Vergangenheit wurde freilich eines abgewehrt, was manchen Politikern der Nachhitlerzeit willkommen gewesen sein mag. Die Frage nach den Ursachen und Vorgängen, die zur Diktatur Hitlers geführt haben, wurde nicht aufgeworfen. Die Greuel, Untaten und Fehler des Hitlerregimes wurden lang und breit erörtert. Über sie gab es keinerlei Meinungsverschiedenheiten. Was aber und wer den Hitlerterror möglich gemacht hatte, darüber wurde der Mantel des Schweigens gebreitet. Und doch war diese Frage für das Wesen der Demokratie entscheidender als das Urteil über die Hitlerzeit selber. Denn wenn es auf irgend etwas ankam, dann war es dies, den Ursprung des Terrors zu erkennen, um seine Wiederkehr zu verhüten.

Natürlich mußte man alle Vorgänge der Terrorzeit erkunden, aber ebenso wichtig war und ist es, die Weimarer Zeit auf die Ursachen hin zu durchforschen, die zum Hitlerterror geführt hatten. Das lag und liegt um so näher, als die Nachhitlerzeit zum Teil unter den politischen Einfluß derjenigen Parteien und Persönlichkeiten geriet, die die Weimarer Republik beherrscht hatten. Bemerkenswerter Weise war es »Die Zeit«, die im März 1948 unter dem Titel »Der Fehlstart« wörtlich schrieb: »Mit den Gescheiterten der ersten Demokratie wurde die zweite Demokratie in Szene gesetzt.«

3.

Wer das demokratische System als Grundbedingung jeder Regierungsform erhalten will, der muß noch etwas tiefer schürfen als nach den Fehlern der Weimarer Politiker. Der Nationalsozialismus ist keine einzelne politische Erscheinung autoritären Charakters, die nur dem Unverstand oder gar dem verbrecherischen Willen des deutschen Volkes zu danken ist, sondern sie ist Teilstück einer Bewegung, die die ganze Welt befallen hat. Ausgelöst wurde diese Bewegung, als die Alliierten im Ersten Weltkrieg die farbigen Völker ihrer Kolonien als Kameraden ihrer eigenen Armeen gegen Deutschland zu Hilfe riefen. Damit glaubten die Kolonialvölker sich ihren bisherigen Herren gleichberechtigt und wurden sich ihrer Unentbehrlichkeit bewußt. Die offizielle Anregung der deutschen Regierung, die Kolonien aus dem Weltkrieg herauszuhalten, wurde von den Engländern großspurig zurückgewiesen. Es folgte die russische Revolution und der italienische Faschismus. Als Folge des Ersten Weltkrieges mußte Großbritannien schon große politische Zugeständnisse an seine asiatischen Hilfsvölker machen. Mit dem Zweiten Weltkrieg brach das ganze bisher so ordentlich geformte und gezähmte Nebeneinander der entwickelten und der unentwickelten Völker auseinander. Um die Wiederherstellung der Ordnung mühen sich heute überall in der Welt Demokratie und Diktatur. Daß die Demokratie in diesem Bemühen besonders erfolgreich gewesen wäre, wird niemand behaupten. In vielen Staaten des neuen Afrika erweisen

sich die totalitären, autokratischen Tendenzen stärker als die Demokratie.

Man kann über Hitler nicht abfällig genug urteilen, aber all seine Verruchtheit kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die nationalsozialistische Bewegung in den Jahres 1933/34 Millionen Deutsche und selbst viele ihrer Nachbarn stark beeindruckt hat. Nicht eine nationalsozialistische Weltanschauung oder politische Parteimeinung haben dies bewirkt, sondern die sogleich nach der Regierungsübernahme mit der erfolgreichen Arbeitsbeschaffung verbundene Auflockerung der menschlichen Spannungen zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Daß sechseinhalb Millionen Arbeitslose, denen die Demokratie nicht hatte helfen können, wieder eine nutzbringende, wirtschaftliche Tätigkeit erhielten, ein besseres menschliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschaffen, der Klassenkampf aus der politischen Propaganda ausgeschieden und kapitalistische Auswüchse gemildert, das Gefühl für nationale Selbstbehauptung wieder belebt wurden, das war es, was die Menschen in Deutschland und auch im Ausland beeindruckte.

Was immer an grauenvollem Unglück Hitlers Kriegswahnwitz außenpolitisch gebracht hat, welche verbrecherischen Unmenschlichkeiten gegenüber den Juden und seinen Gegnern das NS-Regime begangen hat, in der Innenpolitik versuchte der Nationalsozialismus eine Zäsur von sozialpolitischer Bedeutung zu schlagen. Mit dieser Zäsur sind wir bisher nicht fertig geworden. Es ist dem Kriegsverbrechen Hitlers, der totalen militäri-

schen Niederlage, den Umerziehungsversuchen der Sieger und der Betreuung noch im Vorgestern verwurzelter Leute mit geistigen und materiellen Führungsaufgaben zuzuschreiben, daß die positive Seite der Zäsur, die mit dem Nationalsozialismus eintrat, nicht richtig weiterentwickelt worden ist.

Die Zusammensetzung des ersten deutschen Bundestages vollzieht sich 1948 nach dem gleichen Klischee, unter dem der alte Reichstag stand, links die Sozialdemokraten, rechts die Bürgerlichen und in der Mitte ein Häuflein Liberaler alter Schule. Von der großen Wandlung, die der Nationalsozialismus in die deutsche Innenpolitik hineintrug, war im Bundestag von 1948 nichts zu spüren. Man verhielt sich, als ob nichts geschehen sei. Das Versagen von Weimar war vergessen. Die geistige Revolutionierung von Millionen Menschen, die inzwischen stattgefunden hatte, wurde nicht zur Kenntnis genommen, wurde aus dem Bewußtsein ververdrängt und alles und jedes Geschehen zwischen 1933 und 1945 als schlecht und verbrecherisch zugedeckt. Konnte irgend ein Politiker glauben, daß die NS-Revolutionierung keine weiteren Auswirkungen haben würde? Mußte sie nicht solche geradezu herausfordern?

Mit Recht erinnert Professor Bühler in dem früher zitierten nachgelassenen Buch daran, daß das nationalsozialistische System sich deshalb so festigen konnte, weil es in den ersten Jahren wirklich große Erfolge erzielte. Es fand »im Ausland und von Ausländern in Deutschland soviel Anerkennung, soviel moralische Stützung, ja in einer Reihe uns benachbarter Länder eine so zahl-

reiche, schließlich nach Millionen zählende Anhängerschaft, daß gerade dies den inneren Gegnern Hitlers ihre Kritik aufs äußerste erschwerte.«

Wir finden im Bundestag und in den Länderparlamenten die gleichen Parteien von Weimar mit ihren zum Teil alten Programmpunkten, nur mit etwas abgeänderten Namen. Wir finden diese Parteien durch die gleichen oder ähnliche Geistesträger vertreten, die vergeblich versucht hatten, die Weimarer Republik erfolgreich zu regieren. Ja, wir finden nicht wenige solche darunter, die im alten Reichstag von 1933 durch ihre Abstimmung der Demokratie den Todesstoß versetzt hatten. »Die Zeit« kommentierte damals: »Mußte man unbedingt auf sie zurückgreifen, mußte man sie und ihre überlebten doktrinären Parteien an den Staat heranlassen, schlimmer noch, ihnen ein politisches Monopol anvertrauen, um es als Demokratie auszugeben?«

4.

Das Bild, das die Jugend sich von der heutigen politischen Lage macht, mag naiv sein, aber warum es so falsch sein soll, begreift sie nicht. Das allseits verfemte bolschewistische Rußland erfreut sich steigenden politischen Einflusses und wachsender Anerkennung in der Welt. Das demokratische humane Musterland Amerika wird von Rassenkämpfen geschüttelt. Das diktatorisch regierte Spanien erlebt einen vorher nie gekannten wirtschaftlichen Aufschwung. Die »demokratisierten« afri-

kanischen Negervölker zerfleischen sich in Stammesfehden. Die »Entwicklungshilfe« erfolgt zu einem erheblichen Teil nach militärpolitischen Gesichtspunkten. Der steigende Wohlstand der Industrieländer entlädt sich in massivem Luxus und sittlicher Zuchtlosigkeit. Technischem Fortschritt steht ein sinkendes Bildungsniveau, ein bloßes Spießer- und Genießertum gegenüber.

Die Jugend will weder falsche Geschichtskunde noch Totschweigen. Sie will wissen, was in der Vergangenheit richtig und was falsch war. Die NS-Zeit kann der Jugend gewiß nicht als Ideal präsentiert werden. Ist es aber bei der Weimarer Demokratie möglich? Die Jugend läßt sich durch Verschweigen und Vertuschen nicht täuschen. Sie fühlt, daß ihr geschichtliche Wahrheiten vorenthalten werden. Wir sind schon ganz wieder in das alte rationalistische Denken des materiellen Interessenkampfes abgerutscht. Lohnkämpfe unter dem Druck von Streikdrohungen sind an der Tagesordnung. Politische Gegensätze werden nicht mit Gründen, sondern mit Demonstrationen ausgetragen. Unterricht und Wissenschaft sind nicht auf geistige Erhebung, sondern vorwiegend auf praktische Verwertbarkeit ausgerichtet. Lebensfreude wird nicht mehr erarbeitet, sondern von der Technik geliefert. Bedürfnisse wachsen nicht aus innerem Verlangen, sondern werden von systematischer Werbung aufgedrängt. Kirche und Kunst dienen nicht mehr seelischer Erbauung, sondern modischer Angewöhnung oder launischer Narretei. Die Begriffe Freiheit, Humanismus, Frieden, Demokratie sind ihres Inhaltes beraubt und werden zu Schlagworten.

Die Jugend verliert das Vertrauen in unsere politische Führung noch ohne recht zu wissen warum. Aber sie sagt sich, daß unter ihren Vätern unendlich viele waren, die die Vergewaltigung unter Hitler als ein großes Unglück empfanden, gegen das sie machtlos waren, weil ihnen die Jasager des 1933er Reichstages die Hände gebunden, die Waffe der Opposition aus der Hand geschlagen hatten. Die Jugend sagt sich, daß auch in der NS-Zeit das Streben im deutschen Volk nach Freiheit, Gerechtigkeit und menschenwürdiger Gemeinschaft nicht erloschen sein konnte, sondern nur niedergeknüppelt war, daß aber die Verwirklichung dieses Strebens auch nach der Aera des Nationalsozialismus nicht aufgegeben werden darf. Die NS-Zäsur war durch Hitler und seine Gefolgschaft ins Böse geführt, sie mußte nach Hitlers Verschwinden ins Gute geführt werden. Diese Aufgabe haben wir noch nicht angefaßt, weil wir den Anschein erwecken möchten, als hätte der Nationalsozialismus nie existiert.

10. Kapitel

DIE LEHREN VON WEIMAR

1.

Aus den vorangegangenen Ausführungen sind einige Schlüsse zu ziehen, die für unsere demokratische Zukunft nicht außer acht bleiben sollten.

Unabweisbar ist der Schluß, daß die Weimarer Demokratie versagt hat. Wie jeder Historiker, der in der Hitlerzeit positive Momente entdeckt, sofort bei gewissen Kreisen in den Ruf eines Neonazisten gerät, so läuft jeder Kritiker der Weimarer Demokratie Gefahr, als Staatsfeind der Beobachtung durch den Verfassungsschutz anheimzufallen. Der Verfasser möchte deshalb darauf verweisen, daß er aus einer der stärksten demokratischen Traditionen stammt, die wir in Deutschland haben, aus dem Lande Dithmarschen, in dem es keine

Adelssitze gegeben hat und in dem die Verantwortung eines jeden Einzelnen für das Wohl des Ganzen als Voraussetzung des Gemeinschaftslebens galt und gilt. »Wer nicht will deichen, der muß weichen«. Für den Dithmarscher war und ist der Staat keine abgesonderte, womöglich gegnerische, Behörde, sondern sein eigenes Verantwortung forderndes Arbeitsgebiet. Dieses Verantwortungsgefühl hat unter republikanischer und unter monarchischer Obrigkeit bestanden. Demokratie ist dem Dithmarscher angeboren, nicht angelernt.

Die Weimarer Verfassung ist sichtlich ein schlechtes Lehrbuch der Demokratie gewesen. Sie hat keine Kämpfer für die Demokratie hervorgebracht. Sie hat keine politischen Charaktere gebildet. Sie erlaubte ihren Parlamentariern, die Demokratie ohne Not bewußt und freiwillig der Diktatur auszuliefern. Die das Volk regieren sollten, riefen, als sie sich hierzu unfähig erwiesen, selber nach Führung und Obrigkeit. Sie kennt zwar ein Parlament und läßt das Volk Abgeordnete zum Parlament wählen, aber die Verantwortung des gewählten Abgeordneten ist nicht klargestellt, und es sind keine Konsequenzen vorgesehen, wenn der Abgeordnete seine Verantwortung vernachlässigt. Er soll nach der Verfassung die parlamentarische Tätigkeit ausüben, indem er nur seiner Überzeugung und seinem Gewissen folgt. Auf Grund seiner vor der Wahl und vor den Wählern ausgesprochenen Überzeugung wird er gewählt. Ein Abgeordneter, der im Parlament gegen seine Überzeugung stimmt, handelt demnach verfassungswidrig und ungesetzlich. Abmachungen, die den Abgeordneten zwingen,

gegen seine Überzeugung zu stimmen, sollten rechtliche Folgen nach sich ziehen. Die Weimarer Verfassung kennt solche Folgen nicht, so wenig wie die unsrige.

Vor der Ludwigsburger Entnazifizierungskammer sagte der Reichstagsabgeordnete Dietrich, ein aufrechter und ehrlicher Mann, der im Brüning-Kabinett Finanzminister war, aus, er habe als Abgeordneter am 23. März 1933 gegen seine Überzeugung für das Ermächtigungsgesetz stimmen müssen, weil in seiner Fraktion der sogenannte Fraktionszwang vorgeschrieben gewesen sei. Danach mußte eine Minorität in der Fraktion so abstimmen, wie die Majorität der Fraktion beschloß. Von der aus fünf Mitgliedern bestehenden Fraktion seien drei für und zwei, darunter er, gegen das Ermächtigungsgesetz gewesen. Er habe also mit Ja stimmen müssen. Ist das der Sinn der Demokratie?

Pflicht der Parlamentsabgeordneten ist es, die Gesetze zu erlassen, unter denen der Staat und seine Bürger regiert werden, und darüber zu wachen, daß die behördlichen Instanzen diese Gesetze richtig ausführen. Zur Ausübung dieser Pflicht wird der Abgeordnete von den Wählern gewählt, das ist sein Auftrag. Darf er sich dieser Pflicht entziehen, indem er seinen Auftrag auf einen anderen überträgt, ohne seine Wähler zu befragen, ob sie damit einverstanden sind? Das aber haben die bürgerlichen demokratischen Abgeordneten am 23. März 1933 getan. Sie begingen einen Vertrauensbruch. Ist solches Verhalten Demokratie?

Hier sind nur zwei nachteilige Erfahrungen angeführt, die beim Ermächtigungsgesetz in Erscheinung getreten

sind. Viele andere problematische Begriffe der Demokratie wären einer Erörterung wert, Volksreferendum, Listenwahl, Stichwahl, Nachwahl, Wahlrecht, Wahlpflicht etc. Die parlamentarisch-demokratische Verfassungsform hat die Begründung abgegeben der Haftung jedes einzelnen Staatsbürgers für die Fehler seiner Regierung. Sie ist zur Rechtfertigung der Kollektivschuld geworden. Im Obrigkeitsstaat ist der Gedanke einer Kollektivschuld des ganzen Volkes unmöglich. Um so verantwortungsvoller wird in der Demokratie das Amt des Parlamentsabgeordneten, und um so notweniger wird es, die Pflichten dieses Amtes mit Bedingungen auszustatten, die nicht straflos verabsäumt werden dürfen.

Selbstverständlich bedarf jeder Parlamentssitz eines genügend zahlreichen Wählerrückhalts, aber die Versuche, diese Zahl gesetzlich so hoch zu schrauben, daß sie von neuen politischen Gruppen schwer erreichbar ist, sind problematisch. Verbot und Ahndung dürfen nur denjenigen treffen, der die demokratische Grundverfassung des Staates angreift. Nichtkonforme politische Gedanken werden durch gesetzliche Maßnahmen nicht aus der Welt geschafft. Sie erfordern geistige Auseinandersetzung. Dazu muß man sie kennen lernen. Umso wichtiger ist es, die Mittel der Meinungs- und Nachrichtenverbreitung möglichst allen politischen Interessenten zugängig zu machen. Die Tatsache, daß abweichende Ideen, neue Vorschläge, individuelle Anregungen, ja auch unbequeme Vorgänge und unwillkommene Ereignisse von den Massenmedien der Öffentlichkeit vorenthalten oder entstellt mitgeteilt werden können, ist eine

Gefahr für die Demokratie. Nicht Meinungszensur sondern mangelnde Verbreitungsmöglichkeit ist das Problem der Pressefreiheit. Nicht dadurch ist es zu lösen, daß man Zeitungen verbietet, Verlage wirtschaftlich beschränkt, Fernsehen und Rundfunk unter Kontrolle stellt. Umgekehrt: es müssen Wege gefunden werden, die es dem interessierten Staatsbürger ermöglichen, seine Ideen durch diese Medien bekannt zu machen.

Einer unserer vortrefflichsten Journalisten, der leider verstorbene Paul Sethe, hat sich einmal in einem Leserbrief an den »Spiegel« über die Gewissensschwierigkeiten geäußert, in die unsere Journalisten geraten sind. »Das Verhängnis besteht darin, daß die Besitzer der Zeitungen den Redaktionen immer weniger Freiheit lassen, daß sie ihnen immer mehr ihren Willen aufzwingen ... Wie so häufig ist die Verfassungswirklichkeit ganz anders als die geschriebene Verfassung. Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten ... Aber wer nun anders denkt, hat der nicht auch das Recht, seine Meinung auszudrücken? Die Verfassung gibt ihm das Recht, die ökonomische Wirklichkeit zerstört es.« Die ökonomische Wirklichkeit sollte geschaffen werden.

In Tausenden von Entnazifizierungsverfahren haben wir untersucht, ob jemand in der Nazizeit antidemokratische Gesinnung geäußert oder getätigt hat, haben Denunziantentum und Heuchelei großgezogen, haben willkürlich Begünstigung und Rufmord geübt, aber darüber, warum es zur Hitlerdiktatur gekommen ist, und wodurch das nationalsozialistische Regime anfangs so er-

folgreich funktionierte, lesen wir in unserer Presse oder unserer historischen Literatur selten etwas. Unsere wissenschaftlichen Historiker sind mit den Studien über die dreißiger Jahre weit im Rückstand. Unsere verschiedenen zeitgeschichtlichen Institute stehen unter parteipolitischem Einfluß und haben anscheinend noch keine Zeit gefunden, die Probleme der Weimarer Zeit wissenschaftlich zu erforschen. Die Parteipolitiker möchten weder daran erinnert werden, daß die Weimarer Demokratie versagt hat, noch daran, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, die Weimar nicht meistern konnte, von dem NS-Regime gelöst wurden.

2.

Die vorausgegangenen Kapitel haben eine Reihe überkommener falscher Tatsachendarstellungen berichtigt. Die entscheidenden Richtigstellungen sind:

1. Das Hitlerregime ist nicht durch irgend eine revolutionäre oder revolutionsähnliche Tat erkämpft worden, sondern ist auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen und demokratisch üblichen Wege zustande gekommen.
2. Die Wahlerfolge Hitlers wurden nicht durch weltanschauliche Ideen erreicht, sondern durch das wirtschaftliche Elend von sechseinhalb Millionen Arbeitslosen, das zu beseitigen Hitler versprach.
3. Die Diktatur Hitlers wurde nicht durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 27. Februar

1933 etabliert. Diese Verordnung gab der Regierung keinerlei gesetzgebende Gewalt und war widerrufbar. Erst das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 gab Hitler die legale Möglichkeit, die Terrorgesetze seiner Gewaltherrschaft zu erlassen, insbesondere das Parteigesetz, das Heimtückegesetz, das Reichsumbaugesetz, das Judengesetz neben vielen anderen.
4. Das Ermächtigungsgesetz, welches diese Gewaltherrschaft begründete, ist durch die bürgerlichen demokratischen Parteien beschlossen worden.
5. Die Arbeitsbeschaffung ist mit großer Schnelligkeit durchgeführt worden. Nach einem Jahr war über ein Drittel, nach zwei Jahren mehr als die Hälfte der sechseinhalb Millionen Arbeitslosen wieder in Produktion.
6. Die Aufrüstung hat in den ersten zwei Jahren des Regimes nahezu gar keinen und danach nur geringen Anteil an der Arbeitsbeschaffung gehabt.

Diese Tatsachen werden der Öffentlichkeit und besonders der heutigen Jugend kaum zur Kenntnis gebracht. Man bemüht sich, durch das ständige Hervorheben der Hitlerschen Greueltaten das Interesse von den wesentlichen politischen Geschehnissen wegzulenken. Der Jugend wird die Mißachtung der Generation ihrer Eltern, die solche Greueltaten nicht verhindert hat, geradezu aufgedrängt. Der Jugend wird verschwiegen, daß die bürgerlichen Politiker des 1933er Reichstages mit dem Ermächtigungsgesetz jede Opposition gegen Hitler in Wort oder Tat völlig unmöglich gemacht haben. Erst das Ermächtigungsgesetz erlaubte Hitler den Erlaß des

Parteigesetzes, durch das alle Parteien außer der NSDAP verboten wurden, des Heimtückegesetzes, durch das jede abfällige Äußerung über Regierungsmaßnahmen mit Gefängnis, Zuchthaus und Tod bedroht wurde, und der vielen anderen Gesetze und Verordnungen, die jeden Oppositionsversuch der Gefahr aussetzten, Leben, Familie, Beruf, Vermögen und Einkommen zu verlieren.

Die politische Verurteilung der Jasager des 23. März 1933 kann nicht scharf genug sein. Demokratische Vorbilder sind sie nicht. Mitgefühl und Versöhnlichkeit denen, die aus Unwissenheit, Irrtum oder Unfähigkeit Ja gesagt haben, Zorn und Nichtachtung denen, die nach 1945 diejenigen mit Rufmord verfolgten, die trotz des von den Jasagern geschaffenen Terrorsystems, pflichtgemäß und opferwillig für das deutsche Volk in Amt und Beruf weiterarbeiteten.

Die Versöhnlichkeit wird erleichtert gegenüber den Sozialdemokraten, weil sich diese zu ihrem Irrtum offen bekannt haben, während die bürgerlichen Demokraten, sei es aus Angst oder Feigheit, ihren Irrtum vertuschen. Irrtum ist nicht Schuld sondern Schicksal. Angst ist bemitleidenswert. Feigheit ist verächtlich.

Neben den vorstehend berichtigten gröbsten und wichtigsten Unterstellungen sind in den vorangegangenen Ausführungen eine ganze Reihe weiterer Unwahrhaftigkeiten der Berichterstattung aufgezeigt worden. Die Devisenzwangswirtschaft ist nicht unter dem nationalsozialistischen Regime eingeführt, sondern im Juli 1931 nach der Bankenkrise von den ausländischen

Gläubigern verlangt und deutscherseits eingeführt worden. Der Goldbestand der Reichsbank wurde aufgezehrt, bevor das nationalsozialistische Regime begann. Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank betrug Anfang 1930 3,3 Milliarden Reichsmark gegen weniger als eine halbe Milliarde Ende Januar 1933. Fast die Hälfte aller Arbeitslosen war bereits wieder in die Produktion eingeschaltet, bevor die Aufrüstung zur Arbeitsbeschaffung beitrug. Die Mefowechsel sind nicht unbezahlt geblieben, sondern rechtzeitig eingelöst worden. Das Mefowechselsystem war nicht geheim, sondern allseitig bekannt. Die bilaterale Handelspolitik und das Autarkiebemühen waren keine spontanen deutschen Einfälle, sondern durch die schutzzöllnerische und kontingentierende Abwehr des Auslandes gegen den deutschen Warenexport nahegelegt. Die Selbstauflösung der Parteien war ein unnötiger demokratischer Selbstmord. Die damit verbundenen Erklärungen verboten jede Opposition gegen das totalitäre Gewaltsystem. Das uns von den Siegern zugemutete Entnazifizierungsgesetz führte zur Politisierung der Justiz und zum fortgesetzten Rufmord als Mittel der Politik.

Wenn der Führer der sozialdemokratischen Partei Wels am 23. März 1933 seine tapfere Rede gegen Hitler mit der Mahnung verband, die neue Regierung möge das Wirtschaftselend des deutschen Volkes beenden, so war dies schon das Eingeständnis, daß die Sozialdemokratie dazu nicht im Stande gewesen war. Die gleichen Eingeständnisse von Otto Braun, Rosenberg und Schiff wurden berichtet. Sympathischer noch berührt die An-

erkennung Paul Löbes, des langjährigen sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten, der im Februar 1934 in dem Interview einer belgischen Zeitung äußerte: »Ich bin objektiv genug zuzugeben, daß die neuen Führer Deutschlands mit einem schönen Ungestüm Probleme in Angriff genommen haben, die wir nicht haben lösen können. Ich denke dabei an die Reichsreform, die Beschaffung von Arbeit für zwei Millionen Arbeitslose und die Winterhilfe, ein Werk, das von einem großen sozialistischen Geist erfüllt ist.«

3.

Die Geschichte Weimars und der Nazizeit hat deutlich gemacht, wie sehr die Politik eines Staates von geordneten Finanzen und gesunder Wirtschaft abhängig ist. Deutschlands Währung und Finanzen befinden sich zur Zeit wieder einmal in einer Gefahrenzone. Das internationale Währungssystem von Bretton Woods hat nicht gehalten, was man erhoffte. Eine der beiden Leitwährungen des Welthandels, das englische Pfund, hat seine Rolle ausgespielt. London hat nicht rechtzeitig begriffen, daß seine frühere finanzielle Großmachtstellung nach dem Verlust seines Empires nicht gehalten werden konnte. Mit den Guthaben von Kreditoren, mit fremdem Gelde, kann man auf die Dauer nicht Weltbankier spielen, sofern man keine eigenen Aktiven mehr einzusetzen hat.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind wesentlich

besser daran. Sie haben nach 1945 mit ihrem hochwertigen Dollar soviel ausländische Aktiven neu erworben, daß sie durch deren Wiederabstoßung jeden Angriff auf den Dollar abwehren können. Ob sie es tun werden, steht dahin. Die Vereinigten Staaten kämpfen dauernd mit der Versuchung, durch eine willkürliche oder fahrlässige Dollarabwertung eine gigantische Schädigung ihrer Gläubiger zu riskieren.

Würden sie dies tun, so wäre damit ihr Anspruch auf die finanzielle Führerstellung im Welthandel aufgegeben. Diese Stellung hätten sie auf Grund ihres Reichtums und der Größe ihres Außenhandels schon nach dem Ersten Weltkrieg erlangen können, wenn sie die Erfahrung und vor allem das Vertrauen der Welt in die finanzielle Korrektheit besessen hätten, die England sich im Laufe eines Jahrhunderts erworben hatte. Die Vereinigten Staaten haben heute erneut die Chance, nachdem Churchill die Ohnmacht Englands herbeigeführt hat, ein Krösus, der auszog, ein großes Reich zu zerstören, und nicht voraussah, daß dieses auch sein eigenes sein könnte.

Die finanzielle Führerstellung in der Welt ist nicht vom Golde abhängig, sondern davon, in welcher Währung das internationale Handels- und Sparkapital Umsatz und Anlage sucht. Die internationale Goldwährung war nur so lange möglich, als die Bank von England bereit war, jeden Betrag Gold zu einem feststehenden Preis in Pfund Sterling zu kaufen und zu verkaufen. Die Wiederkehr einer solchen Anwartschaft ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil der Goldbedarf des Welthandels durch die Steigerung der Weltproduk-

tion und des Zutritts so vieler neuer Länder zum Weltverkehr derart gewachsen ist, daß die Goldproduktion dazu in keinem angemessenen Verhältnis mehr steht. Den Preis, also den Währungswert des Goldes, gab vor den Weltkriegen die Bank von England an, nicht der freie Markt. Im Grunde hatte die Welt keine Goldwährung, sondern eine Sterlingwährung.

Der unermeßliche Wert, der hierin für den Welthandel lag, ist durch die beiden Weltkriege vernichtet worden. Da das Pfund Sterling seine alte Stellung nicht wieder bekommen wird, bleibt als internationales Tausch- und Zahlungsmittel und als Hortungs- und Anlagegut vorerst der Dollar. Die Aufgabe der Vereinigten Staaten muß es daher sein, den Wert und die Kaufkraft des Dollars so stabil, so gleichmäßig zu halten wie nur möglich. Plötzliche und überraschende, vor allem aber willkürliche oder fahrlässige Wertänderungen des Dollars müssen vermieden werden. Das hat nichts mit Gold, sondern nur mit einer ausgewogenen Wirtschaftspolitik zu tun.

Die Weimarer Republik ist daran zugrunde gegangen, daß sie die politischen Auswirkungen ihrer finanziellen Fehlpolitik nicht erkannt hat. Erkennt unsere deutsche Bundesregierung, welche politischen Gefahren und welche politischen Chancen für uns in der heutigen Finanzlage enthalten sind? Wir sind durch Verdienst und Glück aus der Auslandsschuldenmisere herausgekommen und in eine finanzielle Lage geraten, die uns vorübergehend die Rolle des Gläubigers erlaubt. Vorübergehend, weil wir nicht wissen, was uns ein immer noch

ausstehender Friedensschluß bringen oder nehmen wird. Wenn uns die Schuldnerrolle so viel außenpolitisches Unheil gebracht hat, wäre es des Nachdenkens wert, ob wir aus unserer Gläubigerrolle nicht einige Friedenssicherungen erreichen können.

4.

In der innerpolitischen Finanzierung drohen uns ähnliche Enttäuschungen wie zur Weimarer Zeit. Die gefahrbringende Rolle, die damals die Auslandsanleihen spielten, übernahm bei uns die einstweilen gebremste dritte Inflation und der Devisenzufluß aus Export und ausländischer Kapitalflucht. Die deutsche Mark hat Anziehungskraft, sie ist international stabil. Aber unsere Wirtschaft, von der die Währung abhängt, ist nicht stabil. Abgesehen davon, daß unsere Wirtschaftspolitik an dem trügerischen Wunschbild des ständigen Wachstums orientiert ist, krankt sie an Überschuldung, besonders an kurzfristiger. Die öffentliche Hand glaubt, die Konjunktur auf Vollbetrieb halten zu müssen, statt Pausen des Verschnaufens einzulegen. Sie finanziert unproduktive Investitionen mit kurzfristigem Kredit statt mit erspartem Kapital. Sie mindert dadurch den Ertrag der Wirtschaft, weil Kredit kostspieliger ist als Eigenkapital. Kreditzinsen müssen auch bei Gewinnausfall gezahlt werden, Anlagekapital kann gefahrlos auch einmal auf Gewinn verzichten.

Anderthalb Jahrzehnte lang ist das deutsche Volk

mit der trügerischen Versicherung beglückt worden, daß es einer stetig wachsenden Wirtschaftskonjunktur gewärtig sein dürfe, daß Arbeitslosigkeit nicht eintreten könne, weil die Wirtschaftspolitik der Regierung jederzeit in der Lage sei, sie aufzufangen, daß unser Sozialprodukt ständig und regelmäßig steige und daß Wohlstand für alle eine dauernde Errungenschaft unserer Demokratie sein werde.

Daß abgesehen vom Nachholbedarf des Krieges eine kräftige Inflation wesentlicher Faktor des Konjunkturaufschwungs war, wurde nicht gesehen oder es wurde geleugnet. Daß die steigende Ziffer des Sozialprodukts eine Selbsttäuschung ist, wollte niemand wahrhaben. Diese Selbsttäuschung ist am deutlichsten neuerdings von Paul Lamatsch dargelegt worden in einem Referat »Millionenwahn und wirtschaftliche Wirklichkeit« (Witikobund, München 1967). Das dem Publikum präsentierte ständig wachsende Sozialprodukt wird aus der Summe aller Einkommen aus entgeltlicher wirtschaftlicher Tätigkeit errechnet. Entgeltliche wirtschaftliche Tätigkeit stellt Kaufkraft dar. Je höher, so heißt es, die Sozialproduktziffer, umso mehr Kaufkraft. Der verhängnisvolle Trugschluß dieser Darstellung liegt darin, daß alles Dienstleistungsgewerbe vom Müllreiniger über Hauspersonal bis zum Professor in den Produktionskosten der produktiven Gewerbe enthalten ist. Aus ihnen wird es bezahlt. Es schafft also nicht selber Kaufkraft, sondern lebt von der Kaufkraft der Produktion.

Unrichtigkeiten werden durch statistische Tabellen nicht aus der Welt geschafft. Noch bis Mitte 1965 haben

Regierung und Bundesbank nicht aufgehört, die Inflation zu leugnen. Erst nach dem Rückschlag der inflatierten Hochkonjunktur lesen wir auch aus offizieller Feder nicht nur richtige Erkenntnis, sondern erfreulicherweise auch Bekenntnis »daß der eingetretene Rückschlag im Wirtschaftswachstum letztlich das notwendige Ergebnis maßloser Übersteigerungen und jahrelanger Überforderungen unserer wirtschaftlichen Kräfte war, die durch die zunächst importierte und dann hausgemachte schleichende Inflation ermöglicht worden war«, (Deutsche Bundesbank Auszüge aus Presseartikeln Nr. 18 vom 6. März 1968).

Die Politiker in aller Welt glauben, die ungeheuren Zerstörungen, die in zwei Weltkriegen angerichtet wurden, durch übereilte Anstrengung in kürzester Frist wiedergutmachen zu können. Dazu reichen die Kräfte nicht aus. Zerstört worden sind Milliarden über Milliarden Anlagewerte, deren Aufbau Jahrhunderte in Anspruch genommen hat. Sie können nicht in wenigen Jahrzehnten wieder hergezaubert werden. Sie brauchen Zeit und viel Arbeit. Die soziale Devise unserer Zeit aber lautet Freizeit und Annehmlichkeit. Dazu braucht es mehr Ersparnisse, als vorhanden sind oder beschafft werden können. Leider wollen wir nicht sparen, sondern verbrauchen und genießen. Auch meldet sich nicht allein der Wiederaufbau der kriegszerstörten Anlagen, sondern zusätzlich die Befriedigung der durch die beiden Kriege entbundenen, bis dahin schlummernden Wünsche der unentwickelten Völker. Es sind Völker, die an viel Freizeit und wenig Arbeit gewöhnt sind. Ihr Mangel an

Arbeitslust und Zeitgefühl kann durch noch so viel Kapitalaufwand nicht ersetzt werden.

Wir begeistern uns an den Schlagworten Wohlstand für alle, ständiges Wachstum von Produktion und Verbrauch, Ersatz der Kopf- und Handarbeit durch Kräne, Computer und sonstige Maschinen. Wir vergessen, daß alles dies das Leben des Menschen nicht ausmacht. Kirchen, Universitäten, Akademien, Museen, Schulen und alle sonstigen Bildungsstätten haben sich so sehr in den technischen und materiellen Sog unseres Wirtschaftssystems hineinziehen lassen, daß sie erschreckt und eingeschüchtert sind von dem Aufbrausen der Jugend, die in der ganzen Welt aufsässig wird und nach etwas Anderem verlangt, nach Entwicklung und Betätigung ihres Eigenlebens an Stelle der Vermassung durch Kollektivismus und Großkapitalismus.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat die bloße Lebensversorgung besser gelöst, als Marx es jemals vermutet hat, aber es hat, neben der Vermassung, erschreckende Kehrseiten gezeitigt, den militärischen Imperialismus und den Mißbrauch der Kapitalmacht. Letzten Endes beruhte der Wohlstand Englands zum größten Teil auf den Eroberungen seiner Kriegsflotte, denen seine überseeischen ertragreichen Anlagen zu verdanken waren. Lange Zeit hindurch war kein anderes Volk reich genug, eine konkurrierende Kriegsflotte aufzubauen. Die beiden Weltkriege wurden letzten Endes durch den Einsatz großen Kapitals entschieden. Das wird in Zukunft noch wesentlich stärker der Fall sein. Atomrüstungen können nur mit größtem Kapitaleinsatz beschafft

werden. Individuelle Tapferkeit und militärisches Genie werden durch die Maschine ersetzt. Der Morgenthau-Plan stellte den erschreckendsten Ausdruck kapitalistischer Großmacht dar. Die amerikanische Entwicklungshilfe schielt nach politischen Einflußmöglichkeiten. Die UNO, als Werkzeug und Hort friedlicher Weltentwicklung gedacht, droht genauso zur Karikatur zu werden wie der frühere Völkerbund. Auch der russische Bolschewismus verfolgt seine Weltbeglückungsideen mit kapitalistischem Druck und mit militärischer Gewalt. Die Millionen Toten und Milliarden Sachzerstörungen der beiden Weltkriege haben nicht verhindert, daß schon wieder in zahlreichen Ländern blutige Kriege angezettelt und geführt werden.

Alle diese Erfahrungen lassen die Jugend an der heutigen Form unseres Regierungssystems zweifeln. Sie sagt sich, daß an diesem System, dessen wirtschaftstechnische Nützlichkeit und dessen sozialer Erfolg unbestritten bleibt, etwas nicht stimmt, daß eine geistige Wandlung nottut. Den unguten Erfahrungen der Weimarer Republik mit ihrem terroristischen Ausklang ist bis jetzt keine geistige Wandlung gefolgt. Am Ruder sind bei uns die gleichen Parteigruppen von damals mit ihren hergebrachten Vorstellungen. Das grauenvolle Hitlererlebnis hat keine geistige Änderung hervorgebracht. Die Grundlagen der zweiten deutschen Republik wurden gelegt aus dem gleichen Geiste, ja zum Teil von den gleichen Personen, die den Weimarer Staat in die Schreckensdiktatur geführt haben.

Wenn unsere Jugend hiergegen den geistigen Kampf

aufnimmt und nach einem Ausweg sucht, wenn sie den imperialistischen Militarismus verurteilt, wenn sie den Mißbrauch großkapitalistischer Macht mißbilligt, wenn sie der konformistischen Meinungsmache die Gefolgschaft versagt, wenn sie die Versuche einzelner Parteigruppen, ihre Herrschaft zu verewigen, ablehnt, wenn sie das Versagen der Kirchen und Bildungsstätten anklagt, so kann man nur wünschen, daß sie in diesem Kampfe nicht erlahmt.

Unserer älteren Generation aber ist zu wünschen, daß sie sich zur deutschen Geschichte bekennt und frei und offen die Lehren aus ihr zieht. Wir werden die Ära Hitler genau so überwinden wie die Franzosen ihren Robespierre verdaut haben, nicht durch Verfälschung oder Verheimlichung der Tatsachen, sondern durch den Einsatz besserer Moral und besserer Ideen, durch etwas mehr Standhaftigkeit, durch stärkeren persönlichen Mut und durch unbeugsame Wahrhaftigkeit.